Abend-Ausgabe

70. Jahrgang. № 566 — Donnerstag, 3. Dezember 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Dezember 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet, die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Loucheurs Finanzprogramm angenommen.

Englische Warnung vor der Abrüstung wegen des Standes der russischen Bewaffnung.

War ein Besuch Stresemanns in Paris geplant? — Damaskus vor einer zweiten Beschießung.

Die Abstimmung.

Paris, 3. Dez. (1 Uhr mittags deutscher Zeit.) Bei der Gesamtabstimmung über das Finanzgesetz wurden 257 Stimmen für und 229 Stimmen dagegen abgegeben. (W. T. B.)

Die Nachtsitzung der französischen Kammer.

Paris, 3. Dez. Die Kammer trat nach 11 Uhr abends in die allgemeine Beratung des Finanzgesetzentwurfs ein. Der Abg. Castagnot griff den Finanzminister Loucheur persönlich an. **Loucheur** erklärte darauf, als er zum ersten Male von Briand in ein Kabinett berufen worden sei, habe er seinen ganzen Kriegsnutzen zurückgezahlt. François Marsal habe als Finanzminister den Scheck in Empfang genommen. Er könne also seinen Kopf hoch tragen.

Der rechtsstehende Abg. **Bokanowski** betonte, wenn man nichts anderes tue, als den Notenumlauf und die Steuern zu vermehren, dann könne man der Finanzkrise nicht wehren. **Briand** erklärte, er habe, seit er aus London zurückgekehrt sei, noch nicht ein Wort gesprochen. Er müsse also bitten, den Gesetzentwurf an sich zu beurteilen und konkrete Kritik zu üben. Abg. **Bokanowski** schlägt vor, **eine halbe Milliarde des Notenumlaufs zu bewilligen unter der Bedingung, daß die Regierung ihren Gesetzentwurf über die Erhöhung der Steuern zurückstelle** und in einigen Tagen den großen Finanzsanierungsplan unterbreite.

Dann verteidigte **Loucheur** seinen Gesetzentwurf. Die Regierung habe praktische Arbeit leisten und deshalb keine Inflation vorschlagen wollen, ohne zugleich neue Einnahmequellen zu erschließen. Das Tabakmonopol wolle er nicht verkaufen. Er wolle vor allem das Budget ausgleichen. — **Briand** appellierte in der Hauptsache an den Patriotismus.

Gegen 4 Uhr morgens wurde die allgemeine Beratung geschlossen. Die Kammer beschloß mit 298 gegen 113 Stimmen, zur Beratung der einzelnen Artikel des von Loucheur vorgeschlagenen Finanzsanierungsplanes überzugehen, nachdem Briand die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Nach dem Vertrauensvotum für die Regierung gelangte um 5,30 Uhr morgens § 1 der Vorlage zur Annahme. Dieser Paragraph bestätigt, daß diejenigen Steuerzahler, die die Steuer für das Jahr 1925 bis 31. Dezember noch nicht entrichtet haben, einen Zuschlag von 10 v. H. zahlen müssen. Von entscheidender Bedeutung ist die Abstimmung über den **§ 4, der eine Erhöhung der Vorschüsse der Bank de France an den Staat um 6 Milliarden vorsieht.** Man rechnet mit einer Mehrheit von 275 Stimmen zugunsten der Regierung. Die Sozialisten werden gegen diesen Paragraphen stimmen, ebenso die Gruppe Dokanowski, obwohl diese bei der ersten entscheidenden Abstimmung über den Eintritt in die Sonderaussprache für das Kabinett gestimmt hat.

De Monzie Schlichter für Arbeitsstreitigkeiten

Saarbrücken, 2. Dez. Ueber den Besuch des Ministers de Monzie erfahren wir folgendes: Der Minister hat gestern nachmittag von ½5 bis 9 Uhr mit den Vertretern der Gewerkvereine christlicher Bergarbeiter und des alten Bergarbeiterverbandes, sowie der beiden Metallarbeiterverbände und im Anschlusse daran mit den Vertretern der Angestelltengewerkschaften über die Lohn- und Gehaltsfragen verhandelt. Die Vertreter der Arbeitnehmer brachten ihre bereits seit mehreren Wochen der Bergwerksdirektion eingereichten Lohnforderungen vor. Als Ergebnis der Verhandlungen ist zu buchen, daß de Monzie den Arbeitnehmern die **Zusage machte, daß von jetzt ab bei den Lohnverhandlungen der Bergwerksverwaltung nicht mehr die Teuerungsstatistik der Bergwerksverwaltung, sondern die des Statistischen Amts der Stadt Saarbrücken zugrunde gelegt werden solle.** Sofern sich aus der Teuerungszahl für den Monat November, die bisher noch nicht erschienen ist, eine wesentliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten ergibt, soll sofort in Lohnverhandlungen mit der Bergwerksdirektion eingetreten werden. Falls diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, soll an den Minister de Monzie als Schlichter appelliert werden, der in Zukunft in derartigen Fällen stets als Berufungsinstanz eintreten zu wollen erklärte.

Vor einer neuen Beschießung von Damaskus?

Paris, 3. Dez. Wie „Daily Mail" aus Beirut meldet, sind die Konsuln in Damaskus von den französischen Behörden benachrichtigt worden, daß vielleicht eine neue Beschießung der Stadt bevorstehe. Die Ankündigung werde durch drei Schrapnellschüsse erfolgen. Der amerikanische Konsul wurde gestern nachmittag vom Staatsdepartement telegraphisch aufgefordert, für den Fall eines neuen französischen Bombardements oder eines Angriffes der Aufständischen alle Vorbereitungen für den Abzug der amerikanischen Staatsangehörigen zu treffen. (T. U.)

Paris, 2. Dez. Havas berichtet aus Beirut: In Damaskus ist der gestrige Tag und die vergangene Nacht ruhig verlaufen. In unmittelbarer Nähe der Stadt wurde die Bildung von drei Abteilungen Aufständischer festgestellt. Gegen Hasbaja, das die Drusen besetzt halten, sind französische Truppen im Anmarsch. **Am Hauran setzten sich die Drusen in Saniamsin fest.** Gegen das Drusendorf Sania wurde von franzosenfreuen Eingeborenen ein erfolgreicher Streifzug unternommen. (W. T. B.)

Ein Besuch Stresemanns in Paris?

Die Reichsregierung dementiert.

Paris, 3. Dez. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" meldet, daß Dr. Stresemann auf der Rückreise nach Berlin in Paris Halt machen werde. Sauerwein will von maßgebender deutscher Seite eine Erklärung erhalten haben, in der zugegeben wird, daß seit der Unterzeichnung des Locarnovertrages eine Reise des deutschen Außenministers nach Paris grundsätzlich beschlossen worden sei. **Dr. Stresemann würde bereits seine Reise nach London über Paris zurückgelegt haben, wie Briand ihm vorgeschlagen habe, wenn nicht in Frankreich die Kabinettskrise ausgebrochen wäre.** Es sei kaum wahrscheinlich, daß Dr. Stresemann heute nach Paris kommen werde, weil anzunehmen sei, daß Briand die Nacht im Parlament verbracht habe und außerdem von schweren innerpolitischen Sorgen erfüllt sei. Die Verhandlungen mit Stresemann könnten daher um einige Tage hinausgeschoben werden. Sauerwein glaubt feststellen zu können, daß Dr. Stresemann spätestens in einigen Tagen nach Paris kommen werde.

In der letzten Unterredung mit Briand hätten die deutschen Minister die Frage der Abwesenheitsurteile in Frankreich und besonders in Belfien zur Sprache gebracht. Ferner sei vereinbart worden, daß die Luftfahrtkonferenz, die ursprünglich nächsten Monat stattfinden sollte, bereits in der kommenden Woche zusammentreten werde. Von besonderer Bedeutung sei die Verständigung darüber, daß Deutschland wegen der gegenwärtigen Kabinettskrise seinen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund nicht am 7. Dezember stellen werde, sondern bis zum nächsten März warten werde, worauf eine außerordentliche Völkerbundsversammlung zur Aufnahme Deutschlands einberufen werden soll. Größere Bedeutung verdiene die Unterredung, die zwischen Briand und Stresemann bevorstehe.

Briands Absicht sei, die durch den Locarno-Vertrag geschaffene europäische Solidarität zu praktischen Ergebnissen fortzuführen.

Der französische Ministerpräsident gehe von der Erwartung aus, daß sämtliche europäische Nationen auf die Hilfe Amerikas angewiesen seien, England wegen seiner Goldwährung, die bei jeder Zahlung der internationalen Kriegsschuld erschüttert werde, Frankreich wegen seiner Geldstabilisierung und Deutschland wegen der Kredite, die die deutsche Industrie von Amerika erwarte. Tatsache sei, daß die Abmachungen von Locarno auf die Vereinigten Staaten einen ausgezeichneten Eindruck gemacht hätten. Man erklärte dort, daß dieser sich nur verstärken werde, sobald Frankreich und Deutschland durch wirtschaftliche Abmachungen den Willen zu aufrichtiger Zusammenarbeit und zu beschleunigten Schuldenzahlungen zeigen würden. Wenn die deutsch-französischen Verhandlungen nur die Verringerung der rheinischen Besatzungstruppen zur Folge hätten, so seien sie im Grunde genommen bedeutungslos. Beruhten diese Verhandlungen auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und trage Deutschland zum Abschluß eines für beide Teile günstigen Handelsvertrages mit der Mobilisierung der Eisenbahnschuldverschreibungen bei, so seien die Verhandlungen für beide Teile ein gutes Geschäft. (TU.)

Die „B. Z." gibt an, tatsächlich werde es in Berlin als wahrscheinlich angesehen, daß der deutsche Außenminister im Januar nach Paris reisen werde. Es werde sogar von der **Möglichkeit regelmäßiger Konferenzen** gesprochen, an denen jetzt nach Abschluß der Locarno-Verträge Deutschland als gleichberechtigter Partner teilnehmen werde.

An Berliner maßgebender Stelle ist von einer Reise Dr. Stresemanns nach Paris nichts bekannt. Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Dr. Stresemann reisen heute aus London ab und treffen morgen nachmittag in Berlin ein. Der Rücktritt des Reichskabinetts wird voraussichtlich am Sonnabend erfolgen.

Die neuen Besatzungsstärken im Rheinland.

Paris, 3. Dez. Wie „Journal" berichtet, wurde gestern abend verkündet, daß die Besatzungstruppen nunmehr auf folgende Effektivstärke zurückgeführt würden: Belgien 10 000 Mann, England 8000 Mann und Frankreich 50 000 Mann.

Anmerkung des W. T. B.: Hinsichtlich Belgiens ist bereits in der französischen Presse die niedrigere Ziffer von 7000, hinsichtlich Großbritanniens jedoch eine höhere, nämlich von 8000 Mann, genannt worden.

Noch keine Auflösung der englischen Rheinflotille.

London, 3. Dez. Der Wiesbadener Berichterstatter der „Morning Post" teilt mit, daß die Meldung über eine bereits vollzogene Auflösung der englischen Rheinflotille unbegründet sei. **Sie werde in Köln bleiben, bis die Räumung beendet sei.**

Gedanken über Sowjetrußland.

Von Dr. Ernst Seraphim.

Das Streben der Sowjetunion nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit (Akutarkie). — Gefahren und Rückwirkung davon auf Europa. — Die russische Bauernschaft führt das Sowjetsystem ad absurdum. — L. W. Keynes über das Sowjetproblem.

Der Wirtschaftsvertrag mit Sowjetrußland ist nach fast anderthalbjährigen Verhandlungen in Moskau endlich unterzeichnet worden. Der Deutsche Reichstag wird ihn trotz starker Widerstände und berechtigter Bedenken wohl annehmen, da er zumindest eine Zusammenfassung der heute tatsächlich bestehenden Verhältnisse darstellt. Er ist auf zwei Jahre abgeschlossen, dient also gewissermaßen als Versuch. Man wird abzuwarten haben, wie loyal er von gegnerischer Seite erfüllt werden wird. Soll sich trotz des kommunistischen Wirtschaftssystems der gegenseitige Warenaustausch befriedigender gestalten, so wird der Deutsche, der nach Rußland kommt, vor allem sicher sein müssen, daß er nicht unter dem Vorwande der Handelsspionage oder wegen etwaiger Unvorsichtigkeiten eingekerkert und nach Sibirien geschickt wird. Leider beweisen Fälle, die nach dem Abschluß des Wirtschaftsvertrages sich ereignet haben, daß die frühere Rechtlosigkeit vorläufig unvermindert fortdauert.

Gute Beobachter warnen daher vor der Illusion, daß wir gleichsam über den Berg gelangt seien. Sie geben ihre Eindrücke vielmehr dahin wieder, daß es Sowjetrußland im Grunde gar nicht übermäßig an einer Entwicklung des ausländischen Einfuhrhandels gelegen sei. Die Russen fördern ihn zurzeit, weil sie ihr Getreide ins Ausland exportieren müssen, um ihren Staatshaushalt zu balancieren und um bei dem Tiefstand der eigenen Industrie den Warenhunger der russischen Bauern mit Hilfe des Auslandes zu stillen. Genau so wie die Erleichterungen für den Privathandel durch das immer deutlicher zutage tretende Unvermögen der staatlichen Monopolwirtschaft und des halb verstaatlichten Genossenschaftswesens erzwungen werden, und immer nur auf Kündigung erfolgen, steht es mit der wirtschaftlichen Einstellung dem Auslande gegenüber; das übrigens gar nicht verborgene Endziel ist die völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjetunion, die bei ihrer immensen territorialen Ausdehnung und den gewaltigen, wenn auch ungehobenen Bodenreichtümern alle Bedingungen zur Autarkie hat und sie verwirklichen könnte, wenn das Ausland ihm Geld, Anleihen, beziehungsweise die technischen Hilfsmittel gegen langdauernden Kredit liefert. Die angelsächsische Welt, die allein kapitalkräftig genug dazu ist, hält sich bisher sehr zurück. Gewiß weniger wegen der kommunistischen Staatsform Rußlands — das ist mehr Vorwand —, als vielmehr von der Befürchtung geleitet, daß Rußland, wenn es einmal mit fremdem Gelde wirtschaftlich erstarkt ist, Europa die Tür vor der Nase zuschlagen könnte und das fremde Kapital dann nicht die Möglichkeit haben würde, sich herauszuretten. Daß Rußland keinen Augenblick zögern wird, sich mit Gewalt wirtschaftlich selbständig zu machen, unterliegt keinem Zweifel. Seine Armee dürfte dazu genügen, und daß die Zeit nicht mehr ferne ist, wo es in der Ostsee und im Schwarzen Meer mit seiner Flotte bei der Schwäche der anderen Staaten die beherrschende Macht darstellt, dürfte auch feststehen. Wer kann es schlechthin für eine Utopie erklären, daß Sowjetrußland im geeigneten Augenblick, durch üble wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse Europas unterstützt, sich nach Osten und Westen wendet, um dorthin die Weltrevolution vorzutragen, für die die Dritte Internationale weder Geld noch Propaganda spart.

Wenn wir an diese unserer Kultur und Gesellschaftsordnung drohende Katastrophe nicht glauben, so geschieht es deshalb, weil wir fest davon überzeugt sind, daß die kommunistische Grundstruktur des heutigen Rußlands an ihrer inneren Unmöglichkeit schließlich scheitern wird. Schon die heute festzustellenden zahlreichen Abweichungen von der bolschewistischen Norm, so widerwillig sie erfolgen, sprechen dafür. In keinem anderen Lande und bei keinem anderen Volke wäre dem Bolschewismus eine so lange Dauer beschieden. Im russischen Riesenreich wirken die unermeßlichen Flächen, die uns unfaßbare Passivität der Bauern, die Unbildung der an neunzig Prozent Analphabeten auf dem flachen Lande zusammen, um die Herrschaft weniger Hunderttausende, richtiger weniger Tausende in schweren Nöten geschulter, fanatisch der roten Idee ergebener Führer zu sichern, derartig lähmend, daß heute noch die Ruhe des Totenackers über dem Ganzen liegt. Aber wenn die alte Führerschicht gestorben ist, ohne geeigneten Nachwuchs zu finden, wenn die Hoffnungen auf das rote Paradies sich wirtschaftlich nicht erfüllen, und wenn mit der immer stärkeren Berührung mit dem Westen die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der heutigen Verhältnisse immer weitere Kreise erfassen wird, dann dürfte wohl die Stunde schlagen, wo das heutige Regiment — ob nun auf dem Wege langsamer Evolution oder auf dem furchtbarer Katastrophen, läßt sich nicht voraussagen — ein Ende nehmen wird. Erst dann wird die heute so schmerzlich empfundene Lücke, die das Ausscheiden Rußlands aus der alten Weltwirtschaft darstellt, sich wieder schließen und über die Ideologie der heutigen Machthaber und ihre Diktatur die Wirklichkeit und das richtig verstandene Gesamtinteresse siegen.